

Inkrafttreten des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Bruchhausen-Bahnhof" in Ettlingen-Bruchhausen

Der Gemeinderat der Stadt Ettlingen hat in öffentlicher Sitzung am 27.9.1989 den Bebauungsplan "Gewerbegebiet Bruchhausen-Bahnhof", Gemarkung Ettlingen-Bruchhausen, beschlossen.

Mit Erlaß vom 16.7.1990, Az.: 22-2511.3-6/40 hat das Regierungspräsidium Karlsruhe in dem gemäß § 11 BauGB vorgeschriebenen Anzeigeverfahren mitgeteilt, daß kein Verstoß gegen Rechtsvorschriften vorliegt.
Der Planbereich wird begrenzt:

Im Süden:

durch die südliche Flurstücksgrenze der Badstraße, Flst.-Nr. 87/5.

Im Westen:

durch die östliche Grenze von Flst.-Nr. 1563.

Im Norden:

durch die nördlichen Grenzen der Weggrundstücke Lgb.-Nr. 1563/23 und 1563/24 und das Straßengrundstück "Neue Bruchstraße", Lgb.-Nr. 1563/15 sowie die im Bebauungsplanentwurf ersichtliche zukünftige Nordgrenze, die durch das Grundstück Lgb.-Nr. 1117 verläuft.

Im Osten:

durch die nordwestliche Grenze des Bundesbahngrundstücks Lgb.-Nr. 552.

Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereiches ergibt sich aus der zeichnerischen Darstellung im Übersichtsplan 1 : 5 000.

Der Bebauungsplan "Gewerbegebiet Bruchhausen-Bahnhof" wird mit seiner Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Der Bebauungsplan und die Begründung liegen beim Bürgermeisteramt Ettlingen - Planungsamt -, Neuer Markt 9-11, II. OG, Zimmer 8, aus. Jedermann kann sie jeweils vormittags von 8.00 bis 12.00 Uhr und nachmittags von 13.00 bis 16.00 Uhr einsehen und Auskunft über ihren Inhalt verlangen.

Eine Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften des Baugesetzbuches ist nach § 215 Abs. 1 Nr. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 8.12.1986 (BGBl. I S. 2253) unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieses Bebauungsplanes gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Die Frist verlängert sich auf 7 Jahre, wenn ein etwaiger Mangel der Abwägung gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 2 BauGB vorliegt. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 2 und Abs. 3 BauGB über fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Ettlingen, 24.7.1990

Bürgermeisteramt der Stadt Ettlingen

In Vertretung

gez. Barth, Bürgermeisterin



ÜBERSICHTSPLAN M 1:5000